

## Möglicher Prognosezeitraum und notwendiger Isolationszeitraum

Weiterhin, darauf weist Mehnert ebenfalls hin, ist der Zeitraum von einer Million Jahre nicht der notwendige Isolationszeitraum, sondern der Zeitraum, für den nach Ansicht von geologischen Experten bei den in Deutschland vorherrschenden geologischen Verhältnisse tragfähige Prognosen gewagt werden könnten. Der notwendige Zeitraum dagegen ergebe sich aus dem Abfallinventar, den Schutzziele, die man anstrebe, und den Modellvorstellungen, die man zugrunde lege. Hier seien selbst beim für das Endlager Konrad vorgesehenen Abfallinventar eher 10 Millionen Jahre anzusetzen. Also nicht bis zum Jahr 1 002 005, sondern bis zum Jahr 10 002 005 sollten die Abfälle von der Anthroposphäre isoliert werden.

Die Geologie ist eine beschreibende Wissenschaft, die sich mit der Vergangenheit befaßt. Prognosen sind die Ausnahmen. Bei der Endlagerproblematik trauten sich die Geologen (auch im Ak End) inzwischen 1 Million Jahre zu. Das ist jedoch reine Spekulation, so Mehnert. Fundierte wissenschaftliche Literatur habe ihm bisher noch niemand nennen können. Andererseits sei die zeitliche Entwicklung der Radiotoxizität der Abfälle ziemlich exakt vorhersagbar. So komme Kirchner laut Umweltgutachten 2000 beim Inventar des Lagers KONRAD auf eine notwendige Isolationszeit von 10 Millionen Jahre. Damit sei die geologische Endlagerung nach wissenschaftlichen Maßstäben selbst beim KONRAD-Inventar nicht möglich.

## Sicherheit – Risiko – Gefahr – Angst

Ehrlicherweise, so Mehnert, könne man nicht von Langzeitsicherheit sprechen, sondern grundsätzlich nur von

Langzeitrisko. Entsprechend dem Philosophen Luhmann sei Langzeitsicherheit ein „Leerbegriff“, er sei eher ein „Ventilbegriff für“ (berechtigte) „soziale Forderungen“.

Setze man diese Überlegungen mit Luhmann fort, dann komme man von der Risikowahrnehmung des Entscheiders zur Gefahrenwahrnehmung der Betroffenen. Erst wenn die Betroffenen nahe an die Entscheidung herankommen können – also in einer Weise beteiligt werden, ohne sie zu überfordern –, könne die Gefahr und die Angst vor der Gefahr zum Risiko rationalisiert werden. So könne auch Flugangst angeblich durch Training im Flugsimulator verringert werden.

Allerdings – das schreibt Mehnert nicht – bedeutet „rationalisieren“ in der Psychologie eine ineffektive Problemlösungsstrategie, etwa nach dem Muster: „Mein Großvater hat auch sein ganzes Leben lang geraucht und ist doch über 80 Jahre alt geworden.“ Unbestimmte Ängste lassen sich zwar durch Information und engagierte Befassung in konkrete Furcht verwandeln, die dann aber ebenso konkret zu bewältigen ist. **Th.D.**

1. [www.atommuellkonferenz.de](http://www.atommuellkonferenz.de)
2. [http://endlagerdialog.de/wp-content/uploads/2013/01/Endlager\\_suche\\_tab\\_13.06\\_17.10\\_16.01\\_v er1.pdf](http://endlagerdialog.de/wp-content/uploads/2013/01/Endlager_suche_tab_13.06_17.10_16.01_v er1.pdf)
3. <http://endlagerdialog.de> ●

## Atommüll

## Atommüll-Exporte finden bereits statt

### Lobbyist Hennenhöfer leitet das Verfahren

Die Bundesregierung will den Export von Atommüll gesetzlich zulassen, spricht jetzt aber davon, daß die Entsorgung im Inland auch weiterhin „Vorrang“ haben soll. Damit gibt

Umweltminister Altmaier allerdings selbst zu, daß die Entsorgung radioaktiver Abfälle im Ausland als Plan B zukünftig eine Rolle spielen soll. Wenn der Atommüll-Export erst einmal im Atomgesetz steht, dann wird er früher oder später auch stattfinden, kritisiert Jochen Stay, Sprecher der Anti-Atom-Organisation „ausgestrahlt“. Das legen auch die bisherigen Erfahrungen nahe.

Schon ohne gesetzliche Regelung lagern mehr als 20.000 Tonnen strahlende Abfälle aus der Urananreicherungsanlage Gronau (NRW) in Sibirien, werden hochaktive Abfälle aus Forschungsreaktoren regelmäßig in die USA verbracht, gibt es Atommüll-Tauschgeschäfte mit Großbritannien und ist der Verbleib des Urans aus der Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennelemente aus deutschen AKW im französischen La Hague ungeklärt, so Stay. Wenn die Bundeskanzlerin jetzt so tue, als wäre die Lagerung von deutschem Atommüll im Ausland ausgeschlossen, dann habe das wenig mit der Realität zu tun.

Daß die Exporte jetzt genau dann zum Thema werden, wenn neue Verhandlungen über das Suchverfahren für einen deutschen Standort für ein Atommüll-Lager anstehen, sei kein Zufall. So habe die Bundesregierung ein weiteres Druckmittel gegen die Opposition in der Hand. Da nutzten auch alle Beteuerungen von Sigmar Gabriel wenig, ab sofort gehöre der Atommüll-Export zur Verhandlungsmasse bei den Parteiengesprächen.

Der für beide Gesetzgebungsverfahren zuständige Abteilungsleiter im Bundesumweltministerium ist weiterhin der Eon-Lobbyist Gerald Hennenhöfer, dessen Vertrag von Minister Altmaier trotz Erreichens der Pensionsgrenze gerade um zwei Jahre verlängert wurde. „Hennenhöfer ist ein bekannter Trickser, dem es

in der Vergangenheit immer wieder gelungen ist, Gesetzestexte so zu konstruieren, dass Hintertüren für die Atomwirtschaft eingebaut werden. So auch jetzt“, erklärt Jochen Stay. ●

## Atomwirtschaft

## Eon und RWE wollen sich von Urenco trennen

Die Energiekonzerne Eon und RWE wollen sich nach der Atomwende in Deutschland von ihren Anteilen am Urankonzern Urenco trennen. Die beiden Energieversorger suchten einen Käufer für ihre Anteile, erklärte die Regierung der Niederlande im Januar 2013, die ebenfalls an Urenco beteiligt ist. Auch die britische Regierung prüfe den Verkauf ihrer Anteile. Mögliche Interessenten seien der französische Atomkonzern Areva, Finanzinvestoren und Toshiba, meldete die Nachrichtenagentur Reuters. ●

## Atompolitik

## Referendum für AKW-Bau in Bulgarien gescheitert

Das Referendum über den Bau eines neuen Atomkraftwerks in Bulgarien ist am 20. Januar 2013 gescheitert. Zwar stimmten rund 60 Prozent der an der Abstimmung Teilnehmenden für den Bau, jedoch lag die Wahlbeteiligung bei lediglich rund 20 Prozent der 6,9 Millionen Wahlberechtigten. Für eine gültige Volksbefragung wäre eine Wahlbeteiligung von mindestens 60 Prozent notwendig gewesen. Bei der Abstimmung ging es um das Atomkraftwerk Belene an der Donau. Die konservative Regierung hatte das bulgarisch-russische Milliardenprojekt

aus Finanzierungsgründen gestoppt, während die oppositionellen Sozialisten es fortsetzen wollen. ●

## Atompolitik

# Hin und Her bei der IAEA

## Internationale Lobbyorganisation listete kurzzeitig 47 Atomkraftwerke weniger auf

Mit fast zwei Jahren Verspätung hatte die Internationale Atomenergieagentur (IAEA) in ihrem Web-basierten Power Reactor Information System (PRIS) per 1. Januar 2013 47 japanische Atomreaktoren aus der Kategorie „In Operation“ (In Betrieb) in die Kategorie „Long-Term Shutdown“ (LTS; langfristig Außer Betrieb) verschoben. Die Zahl der in der Welt als „In Betrieb“ gelisteten Atomreaktoren sank damit von 437 auf 390. Tatsächlich sind bis auf zwei Reaktorblöcke in Ohi in der Präfektur Fukui seit der Katastrophe von Fukushima im März 2011 sämtliche Atomkraftwerke Japans schon nicht mehr am Netz. Angesichts der Aussagen des neu gewählten japanischen Premierministers Shinzo Abe, trotz der Reaktorkatastrophe in Fukushima möglichst viele der anderen Atomkraftwerke in Japan wieder in Betrieb nehmen zu wollen und sogar neue zu bauen, erregte die Klassifizierung der IAEA besonderes Aufsehen.

Nachdem der kritische Atomexperte Mycle Schneider, Autor des Welt-Statusreports Atomindustrie, die Öffentlichkeit auf die neuen Zahlen aufmerksam gemacht hatte, reagierte die IAEA wegen des politischen Signals plötzlich abnehmender Atomkraftkapazitäten peinlich berührt und verschob die japanischen Atomreaktoren kurzfristig wieder zurück in die Kategorie der für den Betrieb bereitstehenden Reaktoren. Die IAEA er-

klärte das mit einem Schreibfehler der japanischen Atomaufsicht. Künftig werde durch ein Software-Upgrade verhindert, daß nationale Behörden den Status ihrer Reaktoren eigenmächtig verändern können. ●

## Atomwirtschaft

# Lobbyveranstaltung für Atomkraft aus Steuergeldern

## NaturFreunde fordern Absage der EURATOM-Konferenz in Vilnius

In Vilnius findet vom 14. bis 17. Oktober 2013 die achte EURATOM-Konferenz zu Forschung und Ausbildung in Reaktorsystemen statt. Der 'wissenschaftliche' Rahmen verdeckt aber nur dürrig, daß es sich hierbei um eine aus Steuergeldern finanzierte Lobbyveranstaltung für die Atomindustrie handelt. In Vilnius soll für den Ausbau von und die Forschung für Atomkraftwerke geworben und neue Atomkraftwerke in den Staaten Mittel- und Osteuropas schmackhaft gemacht werden. Darauf machen die NaturFreunde Deutschlands e.V.

aufmerksam.

„Die Atomlobby läßt sich ihre Lobbyarbeit durch die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler der Europäischen Union bezahlen“, kritisiert Uwe Hicks, Mitglied im Bundesvorstand der NaturFreunde. „Der Atomausstieg Deutschlands ist nicht glaubwürdig, wenn die Bundesregierung weiterhin die Entwicklung von Atomkraft finanziert und sich weigert, aus dem anachronistischen EURATOM-Vertrag von 1957 auszutreten.“ Diese Steuerverschwendung für die Förderung einer Hochrisikotechnologie müsse endlich aufhören.

Die Organisatoren bewerben ihre Konferenz mit dem Hinweis, daß „die Entwicklung und der sichere Betrieb von kerntechnischen Anlagen in Europa für die Zukunft der Kernenergie von entscheidender Bedeutung“ sei. Als Hauptziele werden die Verbreitung von Forschungsergebnissen aus dem siebten Forschungsrahmenplan zu EURATOM (RP7) sowie „Gespräche über die Entwicklung der EU-Politik zur Unterstützung von Forschung und Sicherheit innerhalb des nächsten Rahmenprogramms Horizont 2020“ angegeben.

Skandalös ist, daß diese Kon-

ferenz – wie alle anderen Ausgaben für EURATOM auch – durch einen Schattenhaushalt des RP7 der EU finanziert wird. In der laufenden Förderperiode von 2009 bis 2013 stehen fast fünf Milliarden Euro für die Forschung und Entwicklung von Atomenergie zur Verfügung. Allein deutsche Steuermittel tragen jährlich mehr als 120 Millionen Euro zur Atomforschung von EURATOM bei.

Zur gleichen Zeit wie die achte EURATOM-Konferenz findet auch „Euradwaste '13“ statt. Diese Konferenz versucht wiederum, die Mär von einer angeblich „sicheren Endlagerung“ zu verbreiten: Laut Programm wird über die „Entsorgung radioaktiver Abfälle und geologische Endlagerung“ diskutiert.

## Keine Bankkredite für ukrainische Atomkraftwerke

Die geplante Kreditvergabe der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) für eine Laufzeitverlängerung ukrainischer Atomreaktoren des Typs „Tschernobyl“ halten die NaturFreunde Deutschlands ebenfalls für unverantwortlich. Sie fordern die Bundesregierung auf, sich stattdessen für eine Stilllegung der Risiko-



**Für Erwachsene, gegen das Vergessen:  
StrahlenMemory-Spiel (KARUTA) von Strahlentelex**

98 farbige Karten mit 49 Merksätzen zum Strahlenschutz.  
Im Karton, zweisprachig Japanisch und Deutsch, mit Spielanleitung.

Für 9,80 € plus Versandkosten (3,00 €) gegen Rechnung einfach per Postkarte bestellen bei: Strahlentelex, Th. Dersee, Waldstr. 49, D-15566 Schöneiche bei Berlin oder per Email: [bestellung@strahlentelex.de](mailto:bestellung@strahlentelex.de)